

Die Zimmeiße

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Zimmeiße“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich.
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Arabestr. 2-5.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Immer strebe zum Ganzen und laßst Du selber kein Ganzes werden
***** Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an *****

Inserate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Unternehmer gegen Unternehmer.

Bekanntlich veröffentlichte die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände den Denkschriftenkrieg mit einer geheimen Denkschrift an die Reichsregierung, in der sie der Erben ganzes Kapital zurückführte auf die unhaltbare Belastung der Wirtschaft mit Steuern und sozialen Lasten, auf die hohen Löhne der Arbeitnehmerschaft und den Achtstundentag. Die Gewerkschaften wiesen diese Angriffe auf die Arbeitnehmerschaft zurück und rühten die arbeitgeberlichen Behauptungen ins rechte Licht. Die darauf erfolgte Rechtfertigung der Arbeitgeberverbände war so fadenförmig, daß sie im eigenen Lager ohne jeden Eindruck blieb. Verantwortliche Kreise, die mehr von der Wirtschaft verstehen als die Vorläg. Fäntler & Co., wollten und konnten diesem unwürdigen Spiel der Arbeitgeberhaupte nicht länger ansehn. Sie sahen den Entschluß, die Schäden unserer Wirtschaft dort aufzuzeigen, wo sie sind: im Arbeitgeberlager!

Die Handelskammer in Hamburg hat jetzt eine Denkschrift an den Hamburger Staat gerichtet, in der sie sehr deutlich sagt: Und diese Hamburger Unternehmerkammer, die wohl wie keine andere mit der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft aufs engste verbunden und sie zu beobachten Gelegenheit hat, kann und wird wohl nicht ohne weiteres von der übrigen deutschen Unternehmerschaft abgetrennt werden, es sei denn, sie treibt bewußt Vogel-Strauß-Politik.

Gewiß, auch die Hamburger Handelskammer stellt fest, daß neben den Steuern die sozialen Lasten erheblich an einer Vertiefung der Produktion beitragen und verschleiert auch nicht, daß sie eine Unternehmerkammer, daß bei der Verteuerung der Fertigerzeugnisse der Anteil des Lohnes eine wesentliche Rolle spielt. Sie weiß aber der Lohnfrage auch diese Seite abzugeben: „Als zu einem gewissen Grade sind die Löhne abhängig von den Lebenshaltungskosten, und daher muß die Arbeit der Berufsleute Stellen hier beginnen und mit allen tauglichen Mitteln auf eine Senkung der Lebenshaltungskosten hingewirkt werden. Im letzten Hefestück der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ ist hinsichtlich der Lebenshaltungskosten im Deutschen Reich ausgeführt worden, daß die Lebenshaltungskosten, Ernährung und Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf gegenüber dem Vormonat Mai um ein beträchtliches gestiegen sind. Die Steigerung sei namentlich auf eine Zunahme der Kosten des Ernährungsbedarfs zurückzuführen, die — abgesehen von dem jahreszeitlichen Anstieg der Gemüse- und Eierpreise — vor allem in der allgemeinen Preiserhöhung von Fleisch- und Fleischwaren ihre Ursache hat. Diese andauernde Steigerung des Preisniveaus, die in der letzten Zeit festzustellen ist, muß den gewissenhaften Beobachter mit Sorge erfüllen. Die Ursachen der größeren Lebenshaltungskosten liegen teilweise wieder auf den selben Gebieten wie diejenigen, die für die Verteuerung der Produktion im allgemeinen angeführt worden sind. Da aber, wie erwähnt, die Lebenshaltungskosten für die Höhe der Löhne und Gehälter bestimmend sind, so ist es erforderlich, dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zu schenken.“

Sehr viel deutlicher wird die Denkschrift aber nach der Seite der Wirtschaftskammer und zeichnet deren Mienenanteil an der Schuld des Daniederliegens der deutschen Wirtschaft schonungslos auf: Die Zahlungsappflogenheiten der Fabrikantenverbände tragen ihr Teil dazu bei, daß die erwünschte Steigerung des Exports und der Absatz der Fabrikate im Inland gehemmt wird. Alle Zahlungs- und Lieferungsbedingungen finden in der Konkurrenz des Auslandes ihre Grenze. Der Exporthandel hat wiederholt erfahren müssen, daß an den Zahlungs- und Lieferungsbedingungen der Fabrikantenverbände die Ausführung von Aufträgen gescheitert ist.

Eine Frage, der von den zuständigen Stellen größte Aufmerksamkeit in der Folgezeit zugewandt werden muß, ist die der Preiskonvention der Kartelle, deren Zahl gegenüber der Vorkriegszeit außerordentlich gewachsen ist. Wenn auch auf einzelnen Gebieten der Industrie ein kartellartiger Zusammenschluß volkswirtschaftlich erwünscht sein kann, so muß seitens der Regierung mit allen Mitteln dort vorgegangen werden, wo sich zum Schaden der Gesamtwirtschaft Anzeichen der kartellartigen Bindung zeigen. Die Handhabe für ein Eingreifen bietet die Verordnung über Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung, die aber, wie es scheint, nicht immer dort angewandt wird, wo es zweckmäßig erscheint. Daher sollte zunächst seitens der Regierung in eine allgemeine Nachprüfung der bestehenden Kartelle und in eine Erwägung darüber eingetreten werden, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um einem weiteren Vordringen ungezügelter Preispolitik der Kartelle vorzubeugen. In diesem Zusammenhang ist vornehmlich auch auf die Preispolitik der Innungen aufmerksam zu machen, die nach den in der Öffentlichkeit laut gewordenen Klagen nicht immer die ihnen zustehende Macht im wohlverstandenen volkswirtschaftlichen Interesse gebrauchen. Soweit den Mitgliedern von Innungen Richtpreise vorgeschrieben werden, und es ihnen verboten wird, unter diesen Preisen zu verkaufen, ist die Handhabe für ein Eingreifen durch den Staat, der sie duldet, gegeben.

Nach Ansicht der Handelskammer sind als Verteuerungsmomente nicht nur Gründe der obengenannten Art, wie Steuern, Soziallasten, Zinsen u. s. w. zu nennen, sondern vor allem scheint die Preispolitik gewisser Verbände und Innungen nicht immer das volkswirtschaftliche Interesse in genügendem Umfang zu berücksichtigen. Nicht zuletzt scheint es aber auch, daß immer noch zu beachtende Bestreben gewisser Kreise zu sein, gewohnheitsmäßig das früher vielleicht berechtigte, heute zu verurteilende Risiko einer Währungsverschlechterung in den Preisen einzurechnen. Schließlich glaubt die Handelskammer eine weitere Ursache der Preissteigerung darin zu sehen, daß der Verteilungsorganismus der deutschen Wirtschaft in der ungeordneten Weise aufgebläht ist. Die Zahl der Firmen, die zwischen dem Produzenten und Konsumenten sich eingeschaltet

haben, ist gegenüber der Vorkriegszeit trotz des viel geringeren Gütermassens und der geringeren Kaufkraftfähigkeit des Inlandsmarktes außerordentlich gestiegen. Für Berlin ist beispielsweise festgestellt, daß die Zahl der ins Handelsregister eingetragenen Firmen um etwa 100 Proz. gestiegen ist. Für Hamburg sind von der Handelskammer gleiche Berechnungen angestellt, die zu einem Ergebnis kommen, daß sich hier die Zahl der eingetragenen Firmen um circa 50 bis 60 Proz. erhöht hat. Ähnliche Berechnungen sind von dem Statistischen Amt der Stadt Offenbach für den Lebensmittelhandel angestellt, die zu dem gleichen Ergebnis kommen. Wenn auch anzunehmen ist, daß sich der Vereinigungsprozeß durch Ausschleichen überflüssiger Mitglieder der Volkswirtschaft fortsetzen wird, so muß im Augenblick doch gesagt werden, daß die absolut wie relativ große Zahl der Groß- und Kleinhandelsbetriebe mit einer Ursache für die Verteuerung der Lebenshaltungskosten sind.

Man muß sagen, daß die Handelskammer in Hamburg, die sonst nicht im Rufe einer sozial denkenden und handelnden Unternehmerkammer steht, sich hier bemüht hat, die Schäden unserer Wirtschaft objektiv bloßzulegen. Sie hat aber auch zugleich aufgezeigt, welche ungeheuren Vertiefungsmöglichkeiten dem „Metier“ Deutschlands erwachsen, wenn er nur zugreifen wollte. Aber alle Kritik nützt nichts, wenn seitens der Regierung nicht die Energie aufgebracht wird, die deutschen „Wirtschaftsführer“ im Arbeitgeberlager auf ihre Unfähigkeit, die Wirtschaft zu erhalten, hinzuweisen, und wenn sie nicht den Mut aufbringt, ernsthaft die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Forderungen nach Reorganisation der deutschen Wirtschaft zu prüfen und durchzuführen.

Das Bankhaus Arnhold und sein Einfluß in der Keramikindustrie.

In der fein- und grobkeramischen Industrie behnt sich der Einfluß des Großkapitals immer mehr aus. Eine der Banken, die den größten Anteil an den Aktiengesellschaften der fein- und grobkeramischen Industrie hat, ist das Bankhaus Gebr. Arnhold & Co. in Dresden. Der Bank hat mit seiner Unterabteilung „Bank für keramische Industrie“. Auch die Bank für Thüringen, vorm. B. M. Strupp in Meiningen, und die Dresdener Bank, die mit dem Bankhaus Arnhold die Porzellanindustrie beherrschen, sind mit einigen grobkeramischen Unternehmungen verbunden, aber doch nicht so in dem Maße wie Gebr. Arnhold. Dieses Institut ist der Finanzrückhalt für eine Anzahl Aktiengesellschaften der Porzellan-, Steingut-, Ton- und Steingut-, Steatit- und Magnesit-, Kachelofen-, der Brau- und anderer Industrien.

Schon im Jahre 1888 sah es in der Keramikindustrie Fuß und zwar durch Umwandlung der Deutschen Porzellanfabrik in eine Aktiengesellschaft, die den Grundstein zu dem großen keramischen Unternehmen der Deutschen Ton- und Steingutwerke A.-G. bildete. 1905 wandelte die genannte Bank die Veltener Ofenfabrik Richard Blumenfeld in eine Aktiengesellschaft um, kam damit in die Kachelofenindustrie, aus der sie sich 1925 noch die Keramik A.-G. in Veltens angliederte und somit fast die gesamte Kachelofen- und Tonwarenindustrie in Veltens beherrschte.

Mit der Triptis A.-G. begann Arnhold im Jahre 1896 in der Porzellanindustrie seine Wirksamkeit, die sich im Laufe der Jahre auf die Steingutindustrie und die sanitären Tonwaren ausdehnte.

Als weitere keramische Gruppe ist die Steatit- und Magnesiaindustrie zu betrachten, die das Bankhaus Arnhold mit der Steatit- und Magnesia A.-G. F. von Schwarz fast restlos beherrscht.

Um ein geschlossenes Bild der finanziellen Machtstellung des Bankhauses Gebr. Arnhold zu geben, werden, soweit es möglich ist, die Konzerne und Aktiengesellschaften der aufgeführten keramischen Industriegruppen aufgeführt. Die Deutschen Ton- und Steingutwerke haben außer Rohstofflagern und -werken Betriebe in Charlottenburg, Bettenhausen, Frankfurt, Wustau und Freienwalde mit rund zehntausend Beschäftigten; sie arbeiten mit einem Aktienkapital von 7.165.000 Mark. Sie sind ferner mit 25 Proz. an einer Braunkohlengrube mit Bricketfabrik und Ziegelei mit Gut beteiligt.

Weitere Werke ähnlicher Art sind die Wickwerke in Grenzhausen mit 180 Arbeitern, die Filterfabrik in Garßen, die mit der Triptis A.-G. zusammenhängen, und die Tritonwerke in Hamburg, deren Aktienkapital eine Höhe von 2.500.000 Mk. hat.

Die Steatit- und Magnesiaindustrie A.-G. setzt sich aus den Werken in Golenbrunn, Lauf und Murnberg und den Spezialgruben in Gölbersgrün zusammen, bei denen insgesamt 2800 Personen werken, der Steatit-Magnesia A.-G. in Berlin-Pankow mit 200 und den Magnesitwerken in Berlin-Weißensee mit 60 Beschäftigten. Das Aktienkapital beträgt 3.250.000 Mk.

Die Veltener Ofenfabrik A.-G. Richard Blumenfeld und die Keramik A.-G. Veltens haben zusammen eine Belegschaft von 900 Mann und eigene Tongruben. Das Aktienkapital der Blumenfeld A.-G. sind 1.097.500 Mk.

Von den Firmen der Porzellanindustrie werden vom Bankhaus Gebr. Arnhold (Bank für keramische Industrie) geführt: die Veltener Porzellanfabrik mit 1.945.000 Mk. Aktienkapital, Feinsteinzeugfabrik Köhler mit 1.127.000 Mk. Aktienkapital, E. M. Sautenreuther mit 3.250.000 Mk. Aktienkapital, die Triptis A.-G. mit 1.632.000 Mk. Aktienkapital, und E. Tielich mit 2.000.000 Mk. Aktienkapital, in deren 19 Werken insgesamt 7000 bis 7500 Arbeiter und Arbeiterinnen tätig sind.

Zu diesen aufgeführten Aktiengesellschaften gehören noch: Ein Küchenmöbelbetrieb in Hildburghausen, eine Glanzgoldfabrik eine Porzellanfabrik, eine Maschinenfabrik, die Kachelofenfabrik Saxonia in Radeberg, Tongruben und Kachelwerke, und an Auslandsbetrieben zwei Porzellanfabriken in Finnland mit 700 Beschäftigten, eine Porzellanfabrik und Kachelwerk in Böhmen. Bei der „Keramag“ kommen 4 Millionen Mark Aktien-

kapital in Betracht, von denen wir die Hälfte dem Bankhaus Gebr. Arnhold zurechnen, so daß für dieses in der keramischen Industrie keinen Einfluß auf 26 Millionen Mark Aktienkapital geltend zu machen vermag, außer der Keramik Veltens A.-G., den nicht keramischen Betrieben, Gesellschaften und den Auslandsunternehmungen. Die ungefähre Arbeiterzahl dieser vom Bankhaus Gebr. Arnhold Dresden-Berlin beeinflussten Unternehmungen läßt sich auf rund 14.000 schätzen.

Außer den genannten Aktiengesellschaften und Konzernen ist die genannte Bank noch im Aufsichtsrat folgender keramischer Werke vertreten: Ton- und Steingutwerke Köhler in Bitterfeld, Ammerwerk Schmolte- und Tonwarenfabrik in Teslaa, Deutsche Hume-Köhler A.-G. in Berlin, Deutsche Steingutwarenfabrik in Friedrichsfeld und keramische Werke Reichig in Wahren.

Aus dieser Darstellung ist zu erkennen, wie groß der Einfluß des Bankhauses auf die keramische Industrie insgesamt geworden ist, aber auch wie mit dem steigenden Einfluß die Konzernbewegung wächst. Nach dem Zusammen der Deutschen Ton- und Steingutwerke kam der Sächsischen-Konzern, danach der Steatit-Magnesia-Konzern zustande, und neuerdings ist durch Blumenfeld und die Keramik A.-G. Veltens der Weg zu einem weiteren Konzern der Kachelofenindustrie beschritten. Wann und wie er weiter ausgebaut wird, werden die nächsten Jahre lehren.

Die Arbeiterkassen können aus den Bestrebungen ihrer kapitalistischen Gegner lernen und ihre Abwehrmaßnahmen treffen. Der Entwicklung ist Rechnung zu tragen.

Mitgliederbewegung des ADGB im Jahre 1924.

Der Statistiker des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Mitgliederbewegung im Jahre 1924 entnehmen wir u. a. folgendes: Dem Bunde gehörten im Jahre 1924 41 Verbände gegen 44 Verbände im Jahre 1923 an. Die Verminderung erklärt sich dadurch, daß sich im Jahre 1924 die Metallarbeiter dem Angewerkschaftsbunde, die Kürschner dem Verbande der Bekleidungsarbeiter und die Steinbecker dem Verbande der Steinbecker angeschlossen haben. Die 41 Verbände zählten zusammen 16.499 Zweigvereine gegen 25.855 im Jahre 1923. Die starke Abnahme zeigt, daß viele Zweigvereine, besonders die kleinen, der Inflation zum Opfer gefallen sind. Im Jahresdurchschnitt zählten die Verbände insgesamt 3.473.619 männliche, 921.140 weibliche, 169.404 jugendliche, zusammen also 4.564.163 Mitglieder. Die Bewegung vollzog sich in einzelnen wie folgt:

	Abnahme	%
1923: 31. März	303.920	5,0
30. Juni	140.590	1,9
30. September	247.990	3,4
31. Dezember	1.297.942	18,4
1924: 31. März	943.808	16,4
30. Juni	490.929	10,2
30. September	288.251	0,6
31. Dezember	45.029	1,2

Der Rückgang in der Mitgliederbewegung hat sich am Ende des Jahres 1923 und im ersten Halbjahr des Jahres 1924 vollzogen. Die Ursachen dieser Erscheinung sind unsicher zu erkennen. Sie sind Nachwirkungen der schweren wirtschaftlichen Erschütterungen, der Lähmung der Produktion, der Einschränkungen der Betriebe, des Abnehmens von Arbeitern und Angehörigen in öffentlichen Betrieben und der starken Arbeitslosigkeit, des Verfallens der Unterhaltungsanstalten während der Hochinflation und schließlich der kommunikativen Erschweren innerhalb der Betriebe. Leider sind so die Gewerkschaften zu einer Zeit geschwächt worden, wo ein harter Wall und ein starker Vordruck gegen die Ansprüche des Unternehmertums von größter Bedeutung und bitter notwendig war.

Das Jahr 1924 schließt mit 3.975.092 Mitgliedern ab. Die Zahl ist um 1.766.115 = 30,8 Proz. geringer als ihr Stand am Ende des Vorjahres. Mit dieser Zahl kann die rückläufige Bewegung als überwunden angesehen werden. Seit Anfang des neuen Jahres setzte dann auch die Aufwärtsbewegung ein. Die Vierteljahresstatistik des ADGB verzeichnet für März 1925 wieder 4.189.297 Mitglieder. Das ist seit dem tiefsten Stand eine Zunahme von 213.295 = 5,4 Proz. Diese Mitgliederzahl kann nunmehr als der gestiegene Bestand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bezeichnet werden, der allen Stärken getrotzt hat. Auf dieser Grundlage wird sich der Wiederaufbau vollziehen.

Bei dem Rückgang in der Mitgliederzahl ist von Bedeutung, daß sich die weiblichen Mitglieder stärker verminderten als die männlichen. Die Abnahme beträgt bei den männlichen Mitgliedern 34,1 Proz., bei den jugendlichen 35,7 Prozent und bei den weiblichen 39,6 Proz.

Die Klassenverhältnisse haben sich im Berichtsjahre günstiger gestaltet, als nach der Schädigung der Inflation zu erwarten war. Nach den vorliegenden Angaben über die Beitragsleistungen, die 26 Verbände mit 3.106.613 Mitgliedern erlassen, ergibt sich für das Jahr 1924 gegenüber 1923 folgendes Bild:

Jahresbeitrag	1924	%	1923	%
bis 10,40 Mk.	335.505	10,8	48.617	1,9
10,41 „ 15,60 „	282.718	9,1	201.949	8,6
15,61 „ 20,80 „	307.109	9,9	224.339	8,8
20,81 „ 26, „	628.479	20,2	780.717	30,0
26,01 „ 31,20 „	370.229	11,9	476.099	18,7
31,21 „ 36,40 „	693.632	22,3	654.329	25,8
36,41 „ 41,60 „	154.372	5,0	46.625	1,8
über 41,60 „	384.569	10,8	125.964	5,0

Der Vergleich ergibt, daß die Höhe der Beitragsleistung im Jahre 1924 hinter der des Jahres 1923 zurücksteht. Das Schwergewicht der Beitragsleistung haben in beiden Jahren die Beitragsstufen aus 20,81 bis 36,40 Mk. Sie umfassen im Jahre 1924 nur 64,5 Proz., im Jahre 1923 dagegen 74,5 Proz.

Die Einnahmen aller Verbände zusammen betrugen 97.037.600 Mk. Gegenüber 1913 ergibt sich folgende Veränderung in den Einnahmen:

	1924	1913
Eintrittsgelder	306.011 Mk.	351.945 Mk.
Verbandsbeiträge	73.473.109 "	66.895.040 "
Deutliche Beiträge	12.470.185 "	9.776.400 "
Extrabeiträge	2.011.090 "	205.072 "
Zinsen	718.210 "	2.437.948 "
Zusätzliche Einnahmen	8.058.935 "	8.009.336 "

Summa 97.037.600 Mk. 82.176.747 Mk.

Die Gesamteinnahme im Jahre 1924 übertrug zwar um 14,9 Millionen die für 1913 verzeichnete Summe, doch steht der auf jedes Mitglied entfallende Anteil im Berichtsjahr um 10,68 Mark hinter dem des Vergleichsjahres zurück. Eine Gegenüberstellung der Ausgaben ergibt in beiden Jahren folgendes Bild:

	1924	1913
Unterstützungen	10.844.811 Mk.	31.223.508 Mk.
Vorbereitungen, Streiks usw.	18.685.946 "	16.606.472 "
Bildungszwecke, Presse	3.798.758 "	3.880.020 "
Agitation usw.	13.078.888 "	10.225.350 "
Verwaltung	25.187.916 "	13.600.059 "

Summa 69.671.119 Mk. 75.036.306 Mk.

Der Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes.

Von H. Feldmann, Neuhaldensleben.

Im amtlichen Teil des „Reichsarbeitsblattes“, Nr. 28, wird der Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes veröffentlicht, wie dieser als Regierungsentwurf nunmehr den gesetzgebenden Körperschaften zugegangen ist. Es darf angenommen werden, daß bei Wiederaufnahme des Reichstages im November dieses Jahres die Vorlage alsbald zur Beratung gestellt wird, und gilt es daher, die Bedenken, welche gegen den Entwurf oder eine Anzahl Paragraphen des Entwurfs bestehen, rechtzeitig vorzubringen. Die Arbeiterschaft muß diesem Entwurf mit Argwohn und Mißtrauen gegenüberstehen, enthält er doch Bestimmungen, die gegenüber den bestehenden Vorschriften des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes eine erhebliche Verschlechterung darstellen. Unbedingt abzulehnen ist die Angliederung der Arbeitsgerichte an die Amtsgerichte, wie dies im Entwurf vorgesehen ist. Die Gründe hierfür anzuführen, halte ich nicht für notwendig, sie können im Protokoll des ersten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, in dem Vortrag des Genossen Professor Dr. Singheim, auf Seite 434 ff. und in seinen Zeitfähen, Seite 448 und der dazu angenommenen Entschließung des Kongresses auf Seite 450 des Protokolls, nachgelesen werden. Abgelehnt werden muß auch die Art der Bestellung der Richter. Diese sollen nach dem Entwurf von der höheren Verwaltungsbehörde des Landes (in Preußen Regierungspräsidenten) im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Landgerichts berufen werden. Sie sollen zwar aus den Vorschlagslisten der wirtschaftlichen Vereinigungen, also der Gewerkschaften, soweit die Arbeitnehmer in Frage kommen, im angemessenen Verhältnis entnommen werden. Diese Bestimmung bietet aber bei weitem keine Sicherheit für eine gerechte Verteilung der Richter. Wie bei der untersten Instanz, so soll auch die Berufung der Richter für die Landesarbeitsgerichte und für das Reichsarbeitsgericht erfolgen. Es muß gefordert werden, daß die Richter bei den Arbeitsgerichten, also bei der untersten Instanz, wie bisher durch Wahlen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer berufen werden. Nur so kommt der Wille der an der Zusammensetzung interessierten Kreise zum Ausdruck. Hieraus aufzubauen werden die Richter des Landesarbeitsgerichts durch die Richter der Arbeitsgerichte im Bezirk des Landesarbeitsgerichts, und zwar die Arbeitgeberrichter durch die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmerrichter durch die Arbeitnehmer gewählt. Die Richter des Reichsarbeitsgerichts werden wiederum durch die Richter der Landesarbeitsgerichte gewählt. Selbstverständlich ist, daß an der Wahl der Richter für die Arbeitsgerichte sich alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer beteiligen können, da die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte doch für alle Arbeitsverhältnisse gegeben sein soll, also auch die Berufsgruppen, für die das Gewerbe- und Kaufmannsgericht bisher nicht zuständig war. Abgelehnt werden muß weiter die Bestimmung, daß nur ordentliche Richter als Vorsitzende bestellt werden sollen. Es gibt heute eine Anzahl Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, bei denen auch andere geschäftsfähige Personen mit Erfolg als Vorsitzende tätig sind. Soweit die Prozessvertretung in Betracht kommt, ist der Entwurf sehr unklar. Es heißt zwar, daß Rechtsanwälte oder Personen, welche das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, vor den Arbeitsgerichten als Prozessbevollmächtigte ausgeschlossen sind. Es

heißt dann aber weiter, daß bevollmächtigte Angestellte der wirtschaftlichen Vereinigungen auftreten können. Ein Rechtsanwalt, der im Nebenamt die Geschäfte einer wirtschaftlichen Vereinigung führt, würde somit als bevollmächtigter Angestellter einer Arbeitgeberorganisation als Prozessvertreter auftreten können. Daß würden alle Arbeitgeberorganisationen, auch solche, welche sonst gar nicht daran dächten, einen Angestellten zu beschäftigen, einen Rechtsanwalt mit der Geschäftsführung der Organisation im Nebenamt beauftragen, um einen Prozessvertreter zu haben. Hier muß zum mindesten die einschränkende Bestimmung des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes übernommen werden, wonach Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen als Prozessbevollmächtigte nur dann zugelassen sind, wenn sie für Mitglieder ihrer Vereinigung und nicht außerdem auch für andere Personen vor Gericht gegen Entgelt tätig werden. Weiter muß gefordert werden, daß bei der Bestellung der Richter beim Reichsarbeitsgericht, außer dem Vorsitzenden und zwei richterlichen Beisitzern, mindestens vier Laienbeisitzer, und zwar zwei Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmer mitwirken müssen. Bei der Arbeitsgerichtsbarkeit müssen die Vertreter der Wirtschaft bis in die höchste Instanz ausfallgebend vertreten sein. Nun noch einiges zu dem Verfahren.

Vorgeesehen ist, daß gegen die Entscheidung der ersten Instanz die Berufung zulässig ist, wenn der Streitwert 300 Mk. übersteigt, oder wenn wegen der grundsätzlichen Bedeutung einer Entscheidung das Arbeitsgericht die Berufung zugelassen hat. Nach § 65 des Entwurfs können vor der Berufungsinstanz neue Tatsachen und neue Beweismittel nur noch vorgebracht werden, wenn diese nach der letzten mündlichen Verhandlung vor dem Arbeitsgericht entstanden sind, d. h. das Landesarbeitsgericht zu der Überzeugung kommt, daß das Vorbringen in der ersten Instanz ohne Verschulden der Parteien unterblieben ist. In diesem Falle sind die neuen Tatsachen und Beweismittel in der Berufungsinstanz, spätestens aber in der ersten mündlichen Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht vorzutragen, ansonsten werden sie nicht zugelassen. Wenn man schon das Bestreben hat, die Arbeitsstreitigkeiten möglichst schnell zu Ende zu führen, so muß aber doch gesagt werden, daß diese Bestimmungen entschieden zu schärf gehalten sind. Diese Vorschriften verschärfen noch die diesbezüglichen Bestimmungen der RPO §§ 278 bis 279a. In der ersten Instanz sind meistens die Parteien ohne Vertreter. Als Laien sind sie sich der Bedeutung und Tragweite dessen gar nicht bewußt, was vielleicht auf die Entscheidung von ausschlaggebender Bedeutung ist. Vor der Berufungsinstanz, wo ein berufener Vertreter für die Parteien verhandelt, ist diesem die Tragweite des unterlassenen Vorbringens wohl bekannt; es nützt ihm aber nichts, es hätte in der ersten Instanz vorgebracht werden müssen. Es kann dadurch kommen, daß die Partei, welche im Recht ist, unter Umständen verurteilt wird wegen eines Formfehlers, der aus Unkenntnis begangen ist.

Es muß verlangt werden, daß bis zur letzten mündlichen Verhandlung auch vor der Berufungsinstanz neue Tatsachen und Beweismittel vorgebracht werden können und diese bei der Entscheidung beachtet werden.

Zusammenfassend sei festgestellt, daß der Entwurf, wie er zurzeit vorliegt, die schwersten Bedenken auslöst. Wenn es nicht möglich sein wird, die Verschlechterungen, welche in dem Entwurf gegenüber dem jetzt bestehenden Recht enthalten sind, zu beseitigen, wird es gut sein, wenn die Verabschiedung des Gesetzes überhaupt noch hinausgeschoben wird. Das Hauptgewicht im arbeitsgerichtlichen Verfahren liegt in der ersten Instanz. 80 bis 90 v. H. der Streitigkeiten finden dort ihre Entscheidung. Wenn diese erste Instanz aber so verschlechtert werden soll, wie im Entwurf vorgesehen ist, dann ist es schon besser, das jetzt geltende System der Sondergerichtsbarkeit zu behalten, event. diese Gerichtsbarkeit zu einem lückenlosen Netz von Arbeitsgerichten mit der Zuständigkeit für alle Arbeitsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber auszubauen. Es ist schon besser, einen Sperling in der Hand, als eine Taube auf dem Dache.

Zur Generalversammlung.

Eine Betrachtung über die gestellten Anträge.

Im Gegensatz zu früheren Generalversammlungen des Verbandes scheint man sich diesmal sowohl von Seiten der Mitgliedschaften als auch des Hauptvorstandes mehr Beschränkung bei Stellung der Anträge auferlegt zu haben. Das kann nur günstig auf die Durcharbeitung des Materials wirken, und es wird deshalb auch mehr Sorgfalt bei Beratung und Beschlussfassung der Anträge erwartet werden können. Den Ausbau der bereits bestehenden Unterstützungseinrichtungen wird das Wort nicht so geredet wie früher: eher ist das Gegenteil der Fall. Wenn jedoch der Hauptvorstand in seinen Anträgen verlangt, daß die Erwerbslosenunterstützung, das Sterbegeld und

merkürdigerweise auch die Streikunterstützung „ein für die Verbandskasse erträgliches Maß“ herabgesetzt werden soll, so darf man schon einigermaßen verwundert sein, doch der Hauptvorstand underrat die jetzt gültigen Sätze genannten Unterstützungsarten allein beschließen. Die Mitglieder haben im vorigen Jahr keinerlei Schwierigkeiten gemacht als bei Wiedereinführung der aufgehobenen Unterstützung vom Hauptvorstand die neuen Sätze einfach dekretiert wurden. Nun liegen über die Wirkungen der neuen Sätze, die erst 1/2 Jahr bestehen, in Mitgliederkreisen keinerlei Erfahrungen vor. Der Vater dieser Vorlage muß doch auch Berechnungen angestellt haben. Waren die so dürrig oder ohne Beachtung der wirklichen Verhältnisse gemacht, daß schon jetzt wieder Abbau gedacht werden muß? Da muß ich schon sagen, wenn überhaupt die Erwerbslosenunterstützung für notwendig hält, dann kann man niedrigere Sätze nicht mehr herausbieten. Beim Sterbegeld ist zu beachten, daß man früher Mitglieder aus den Erbschaften herausbrachte, weil man im Verband entsprechende Einrichtungen schuf. Da muß nun endlich mal Schluss mit dem fortwährenden Abbau gemacht werden. Oder man muß diese Unterstützungen ganz streichen. Wenn aber jetzt auch die 1/2 Jahr wieder geltenden Sätze der Streikunterstützung abgebaut werden sollen, dann kann nicht von Ausbau zur Kampforganisation gesprochen werden. Wenn die Finanzen sich nicht bessern, dann müssen andere Wege gegangen werden, so wird nur ein neuer Herd der Unfriedenheit geschaffen. Vergessen wir doch nicht, daß man nicht mit jeder Veränderung der Konjunktur neue Beiträge und Unterstützungsbeiträge schaffen kann, soll nicht ständig Unruhe in Mitgliederkreisen hervorgerufen werden. Der Verband könnte jedoch seine Aufgaben erfüllen, wenn nur die Beiträge schinder eingedämmt würde. Wenn es der einmaligen Generalversammlung gelingt, die Beitragsschinderei möglichst zu machen, dann werden sich die Klassenverhältnisse selbst bessern und mehr Mittel zu Kampfzwecken vorhanden sein. Ob es jedoch so möglich ist, wie man sich das in Freiberg im hellen Sachsen (wo denn sonst?) gedacht hat, billig zu bezweifeln sein. Dort wurde es endlich entdeckt, daß man sollte Patent darauf nehmen. Die Gewerkschaftsbeamten fressen die Einnahmen, so daß für Kampfzwecke nichts mehr übrig bleibt. Daß die Konjunktur in Freiberg aber in einer Sammlung zwei Anträge annehmen, von denen der eine die anderen aufhebt, muß wieder verjüngend wirken. Da kann man den guten Deutschen mildebrüde Umstände zubilligen. Eine Antrag verlangt Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung, der Jahr- und Unzinsgelder um 50 Proz. mit einer Begründung, die nach Schilda schmeckt, der andere verlangt die besseren Ausbau derselben Unterstützungen.

Wenn Weiden beantragt, die Prozente für die Lokalkassen herabzusetzen, so dürfte dies allgemein überlassen. Dieser Antrag wäre nur verständlich, wenn die Lokalkassen im Geld schwimmen: so ist es aber nicht, sonst wäre ich vom Hauptvorstand ein derartiger Antrag gekommen, da hätte man sich in Weiden nicht in geistige Unkosten brauchen lassen, falls man dort zuviel übrig hat, kann ja Abhilfe durch Überweisung an die Verbandskasse geschaffen werden. An neuen Unterstützungsarten wird jetzt auch mal wieder die Unterstützung beantragt. So notwendig eine ausreichende Unterstützung aller Invaliden ist, kann dieser Gedanke doch nur verworfen werden, wenn hohe Beiträge geleistet werden. Ist die Neigung zum Beitragsgeld in Mitgliederkreisen so groß, um wieder durch Einführung neuer Unterstützungen notwendige Beitragserhöhungen zu ertragen? Das werden alle Kenner der tatsächlichen Verhältnisse verneinen. Diese Unterstützung kann nur eingeführt werden, wenn die Gewerkschaften dieselbe einheitlich einführen, und da dürfte ein weiterer Weg sein. Sonst gehen bei Übertritt in andere Verbände die geleisteten Beiträge verloren.

Die Anträge wegen Schaffung von Fabrikvereinen können durch den Beschluß des Bundesauschusses der ADGB („Gewerkschaftszeitung“, Nr. 34) eine zeitweilige Erleichterung gefunden haben. Die Schwierigkeiten dieser Fragen werden leider nicht immer gewürdigt. Wer solche Anträge stellt, wäre auch verpflichtet, zum Ziel führende Wege zu zeigen. Mit Gewalt und unbefugbaren Beschlüssen lassen sich solche Probleme nicht meistern. Nur die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird bestimmend auf die Gestaltung der Gewerkschaften einwirken dürfen. Durch freiwillige Vereinbarungen werden lebensfähige Gewerkschaftsgebilde entstehen, wie es auch schon bisher ohne Bundeszwang geschehen ist. Alle Gewalt ist hier vom Uebel.

Die vorliegenden Anträge zu unserem Tarifwesen zeigen, welche großes Interesse diese Fragen bei unseren Mitgliedern finden. Aufmerksam hofft man, besonders mit der 3. und 4. oder gar 5. Tarifsen eine bessere Entlohnung zu erreichen. Dieser Glaube dürfte trügen, trotzdem der

es erfahre, würde er Turko töten, um den Geldschein wieder zu erlangen.

In solchem Falle gibt's kein anderes Mittel. Man würde das; ihm etwas ergehen, nützt nichts. Man muß das Zügel töten, und zwar sofort.

Ja, der Alte, der entschlossen und hart gegen andere wäre, würde mit Turko gleich ein Ende machen. Mit dem Stock oder einem Messer. Anbinden würde er ihn, dann niederhauen, erwürgen und den armen Körper nach dem Schein durchwühlen.

Sie richtete sich plötzlich auf, erschüttert wie noch eben vom Sturm; Schritte nahen. Der Großvater bog auf's Haus zu. Der schöne Plaquard kam mit, und man hörte sie lachen.

Ganz außer sich sah sie auf Turko, und der betrachtete sie mit seinen braunen verwunderten Augen, welche seine ganze Offenbarkeit.

Freudig traten die Männer ein. Sich aufreißend, als wollten sie ihnen den Weg versperren, flammte sie ängstlich, weinerlich den Blick zu Boden schlagend:

„Großvater! Großvater! Das Geld! ... Ich war auf die Straße gegangen ... mit Turko. Während der Zeit im Leute eingebrungen ... haben das Geld gestohlen ... Ich habe sie fliehen.“

Die beiden stießen einen rauhen Schrei aus, blieben erschrocken wie angewurzelt stehen.

Der Großvater wurde blaß und warf sich jammernd — sein Atem ging stoßweise wie eine Maschine — auf einen Schemel während der schöne Plaquard seine Haltung ganz und gar verlor und verlegen immer von einem Fuß auf den anderen trat.

„Verzeihen Sie,“ sagte er endlich mit seiner wohlklingenden treuen Stimme, „aber, aber ...“

Er zog ab, ohne seinen Satz zu vollenden, ohne die beiden noch eines Blickes zu würdigen.

Als er verschwunden, wagte Juliette nicht, sich dem Großvater zu nähern, der noch immer wie betäubt da saß. Übertrat zu Turko und instinktiv streifte sie ihre Arme nach ihm.

Der Hund richtete sich an ihre empör, mit den Pfoten auf ihrer Brust. Sie drückte ihn fest an sich, bestete ihre in Tränen schwimmenden Augen auf ihn, Augen, aus deren tiefem Schmerz sich der Gedanke löste: „Ich habe dir doch das Leben gerettet!“

Eine Träne Juliettes rann über das Haupt Turkos. „Fühle, wie ich dich antrief.“ Und antwortete mit einer Ton, der sich wie ein kurzer Klagelaut anhörte. Er antwortete ihr auch mit der wohligen Wärme seines sich an den Wunden der jungen Mädchens ansmiegenden Kopfes. Dann bestete er zweimal und sagte nichts mehr. Als ein großes Tier — das er war — fand er das alles ganz einfach.

Die Banknote.

Von Henry Barbusse.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Johannes Kunde.

Am Saum der weichen, düsteren Ebene, deren Farbe irgendwie an abgetragene Kleider gemahnte, verschwand das kleine Haus im Zwielicht.

Zuletzt lächelte nach dem Großvater. Gleich einer Rose übertrug ihr hübsches Gesicht den morichen, hier und da mit Moos bewachsenen Baum, den die Dämmerung so dunkel färbte, als wäre ein Plagen darauf niedergegangen. Alle Tage kam der Großvater von jener Seite, wo die Gassen der Stadt ihre feine Schritt auf das Gelb des Sonnenuntergangs zeichnen.

Vor Freude zitternd, erwartete auch Turko den Herrn, und sein schwarzer Rock, auf den die Schleier des Abends nur den Ausdruck der Liebe erkennen ließen, wendete sich von Zeit zu Zeit nach dem hübschen Mädchen.

Da bemerkten sie auch der Hund den alten Mann hinter der Arbeitermenge, die aus den Vorhöfen herauströmte.

Die großen Schritte kam er; gestikulierend. Schon vom Ferkel her hörte man ihn lachen.

Er schloß die Fellein in die Arme, ohne seine laute, undeutliche Stimmen. Drinnen in der niedrigen Stube, wo Turko ihn zu verwirklichen schien, zwinkerte er mit den Augen.

Nach der Begrüßung und schloß mit der Hand die Tür. Die Tür öffnete, daß das blaugraue Fenster flirrte. Endlich legte er: „Hier bist du!“ und warf mitten auf den Tisch einen Tausendfrankenschein.

„Da sind tausend Franken. Jetzt kannst du den armen Plaquard heiraten.“ — „Ach!“ rief Juliette freudigst, „Großvater, wie hast du das zustande gebracht?“

Der Alte lächelte listig drein. „Nun, er hatte Ueberstunden gemacht. Franken um Franken geparkt. Das hatte Zeit gekostet, verdammt! Aber was! Das Geld war da; man schuldete es niemand. Die kleine Kranke Plaquard heiraten. Der Heirat brauchte nämlich tausend Franken, um Rose, diese Klette, abzugeben.“

Den ganzen Abend sprach man von Plaquard, der zwar keinen Mut besaß, aber ein schöner Mensch war — Heirat und Glück bedenkend.

Am anderen Morgen, als der Alte fort war, sagte Juliette zu Turko, während sie den Haushalt besorgte: „Ich bin zu frieden.“

Turko verstand sich auf diese Art vertraulicher Mitteilungen. Er kritisierte das Glück, dieses edelste Parfüm. (Nur die Hunde

sind würdig, es wahrzunehmen.) Sie erzählte ihm, daß sie mit dem großen Plaquard glücklich sein würde, da dieser nun sein Verlobter, die Rosa, dieses Anhängsel, los wurde. Ohne die tausend Franken — was wäre geworden?

Sie sang, betrachtete sich im Spiegel und legte um ihren Hals ein blaues Band. Turkos Augen folgten ihr treulich: er nahm von allem, was sie sagte, etwas in sich auf. Einst jung wie sie, war er jetzt noch älter als der Großvater. Sein schwarzes Fell war durch die Jahre häßlich geworden, sein Rücken so verkrümmt wie eine Kletterhand. Aber Juliette war stolz auf seine schönen kastanienbraunen Augen, die ihr mehr und mehr ins Herz zu blicken verstanden.

Sie zeigte ihm den Tausendfrankenschein, dessen Vorhandensein die Lage veränderte. Rasch legte sie ihn, für Turko unerreichbar, auf den Deckel der Salzmesse, die sehr hoch, neben der Tür hing. Dann plauderte sie von anderem, trällerte, ließ sich mit dem Spiegel.

Während der Frühstückspause trieb es sie aus Gartengeländer: sie hoffte, vielleicht Plaquard vorübergehen zu sehen, der das Geschäft der Straße arbeitete — sie wollte es ihm danken.

Ein so heftiger Windstoß traf sie, daß sie stehen bleiben mußte, dagegen aufzukommen. Wild wirbelte der Sturm ihre Haare um ihr liebliches Gesicht; der dünne Rock schlang sich an den zarten Wuchs ihres Körpers.

Der Baum schwankte. Das magere Bäumchen in der Ecke stand gekrümmt da wie ein umgünstig Betroffener. Und die Tür, die von ihr angelehnte Haustür weit aufgerissen; durch die sah man das blaue Platten der vom Sturm hin- und her geworfenen baumwollenen Vorhänge.

„Turko!“ rief sie, „wo bleibst du?“

Er war an der Schwelle geblieben und spielte mit einem Stückchen Papier.

Eine Ahnung durchzuckte sie. Sie stürzte auf ihn zu. Bei ihrem Anblick schnappte der Hund nach dem Papier, verschlang es, dann äugte er sie beruhigt an.

Verzweifelt packte sie ihn, riß seine Kiefer auseinander; ihre Finger griffen in das heiße Maul, das er jetzt, so weit wie er konnte, öffnete. Nichts mehr da!

Sie ließ ihn los, brach in Tränen aus, ließ die Hände rinnen, im Zimmer auf und ab, während Turko es für seine Pflicht hielt, sie scharf zu beobachten, um sich keine ihrer Bewegungen entgehen zu lassen.

Ach, sie wußte wohl, was bevorstand. Der Großvater konnte jede Minute heimkehren: es war seine Zeit. Sowie er

dankt recht verführerisch ist. Die Keramikindustrie ist infolge großer Gleichartigkeit ihrer Erzeugnisse derartig ineinander verflochten, daß Verbesserungen materieller Art nach Ablauf vom Vertriebsjahr nicht zu erwarten sind. Eher dürften in Betrieben mit schwacher gewerkschaftlicher Organisation Verschlechterungen eintreten, denen gegenüber die besser organisierten Betriebe ihre Errungenschaften nicht behaupten könnten. Wenn Dresden und Freiberg sogar Betriebslohnstarife verlangen, wenn Bezirks- oder Landesstarife nicht zugestanden werden, dann scheint man nicht darin zu denken, daß damit der Gewerkschaft der Lohnbestrich verfehrt wird. Vom Betriebslohnstarif bis zur Betriebsorganisation (auch) ist dann nur noch ein Schritt. Und die Unternehmer werden nicht böse darüber sein. Ohne geschlossene Organisation der Arbeiter muß man meiner Ansicht nach die Finger davon lassen. Wenn unsere Lohnbestimmungen oder Schiedssprüche schlecht ausfallen, dann einzig und allein deshalb, weil in Deutschland die gesamte Arbeiterschaft, nicht nur die Porzellanarbeiter, politisch und gewerkschaftlich dem geschlossenen Unternehmertum keine geschlossene Front gegenüberstellen können. Nach der Schuld über den Schuldigen zu suchen, hat keinen Zweck, je nach der politischen Überzeugung werden andere Gründe genannt werden. Daß wir aber als Porzellanarbeiter gegen manche andere Berufe behauptend niedrige Löhne haben, daran ist zum erheblichen Teil das Alfordsystem Schuld, und nicht zum wenigsten jene „Wähler“, die das Letzte aus ihrem Körper herausdrücken. Und mit den von diesen unverschämten Kollegen erzielten „Verbiensten“ werden von den Unternehmern der Doffentlichkeit „Potemtsche Dörfer“ vorgeschwindelt, als ob dies die Löhne der gesamten Porzellanarbeiter wären. Ob der Antrag Rudolfstahl, auf tariflichem Wege die Alfordarbeit zu beseitigen, Erfolg hat, wird ja die Zukunft lehren. Wenn nicht zuvor bei der Volksgesellschaft die Überzeugung durchdringt, daß Alford eben Alford ist, läßt sich die Alfordarbeit nicht beseitigen.

Auch der Achtstundentag wird von der jetzigen Regierung nicht verankert werden. Wollen wir ihn uneingeschränkt haben, so müssen wir eben die gewerkschaftliche wie politische Organisation stärken, daß der Kampf mit Aussicht auf Erfolg eröffnet werden kann. Bei dieser Gelegenheit darf man wohl auch einmal fragen, was mit den Beiträgen seitens des ADGB geschehen ist, die zu einer Volksabstimmung über den Achtstundentag gesammelt wurden. Da schweigt man in allen toten und lebenden Sprachen.

Was aber bei den Vorträgen am auffälligsten ist, das ist vollständiges Schweigen über die notwendige Agitation zur Gewinnung der indifferenten und durch den Richtungsstreit verlorengegangenen Berufsgenossen. Von selbst kommen die nicht wieder zur Organisation. Viele Kollegen glauben schon, nachdem die SPD Barolen zur Rückkehr in die Gewerkschaften ausgegeben hatte, daß nun endlich die schädliche Handlungsweise der SPD, die den Gewerkschaften unzählige Mitglieder kostete, aufhören werde, daß man wirklich eine „Einheitsfront“ bilden wolle. Die neuesten Treibereien mit den Delegierten nach Sowjetrußland beweisen leider das Gegenteil, wie die vorliegenden Anträge aus gewissen Raststellen beweisen. Daß die Berliner Kollegen in Rußland die Keramikindustrie „studieren“ wollen, kommt mir genau so vor, als ob man den Flugzeugbau bei den Luftkaffern „studieren“ wollte. Wenn man im übrigen die Verhältnisse der Industriearbeiter kennen lernen will, so wird man dies nur in fortgeschrittenen Industriestaaten tun, in England oder Amerika. Da dürfte etwas zu lernen sein. Aber so kennt man die Weise, den Text und auch die Verfasser. Man merkt die Absicht und verkennt, weil es in seiner Wirkung eben neues Sprengpulver ist.

Der Redakteur wird hoffentlich über das beantragte Mittrauensvotum nicht allzu sehr geknickt sein. Es gibt außerhalb des Appells noch noch Kollegen, die eine andere Richtung über seine Tätigkeit haben, und die ist eine ehrliche Anerkennung ehrlicher, von besserer Absicht diktiert Arbeit zum Wohle der Organisation. Wenn in Bayreuth der Hinweis auf wertvolle Bücher und Zeitschriften als einseitige Schreibweise bewertet wird, so dürfte niemand als jener Antragsteller notwendiger haben, etwas Gutes zu lesen. Vielleicht geht ihm dann ein Schimmer auf, was er noch zu lernen hat, ehe er sich eine solche Kritik erlauben darf.

Wollen wir vorwärts kommen, dann muß das Erlebte der letzten Jahre alle Einsichtigen dazu bringen, unter Ausdeutung alles Trennenden das Einigende zu suchen. Dann werden die Vorgänge der letzten Jahre eine heilsame Lehre für alle Beteiligten sein. Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen werden dann auch das Instrument sein, mit dem die notwendige Besserung der Lebenslage der ausgebeuteten Arbeiterklasse erkämpft werden kann. In diesem Sinne wünsche ich den Arbeiten des Parlamentes der Porzellanarbeiter aus aufrichtigem Herzen den vollsten Erfolg. S. B.

Zur Generalversammlung.

Was die Generalversammlung beachten möchte.

Von Gustav Reinhardt, Rastla.

Bereits in Nr. 25 I. S. „Die Ameise“ hat der Verbandsvorstand die „vorläufige Tagesordnung“ zur Magdeburger Verbandsversammlung veröffentlicht und in der Nr. 31 seinen Wunsch geäußert in Bezug auf Statutenänderung den Mitgliedern zur einstweiligen Kenntnisnahme unterbreitet. In Nr. 34 wird nun ein Einblick gewährt in die Höhe der einzelnen Mitgliedschaften bzw. Raststellen durch die Veröffentlichung der Anträge, und es läßt sich nunmehr einigermaßen feststellen und übersehen, welches Arbeitspensum der Verbandsrat zu bewältigen haben wird, und welchen Wert denselben zugesprochen werden kann.

Die „vorläufige Tagesordnung“ kann dem oberflächlich Urteilenden „lebern“ oder „troffen“, oder meinetwegen inhaltslos erscheinen. Aber das kann eben nur so scheinen; denn letzten Endes macht es nicht die Form, eine etwaige phrasenhafte und reklameähnliche Aufmachung, sondern doch nur der Inhalt. Und da wage ich die Behauptung, daß die vom Vorstand veröffentlichte Tagesordnung sehr, sehr inhaltreich ist. So ist zunächst der Punkt 2, „Berichte“, der Anspruch auf allgemeines Interesse erheben darf. In diesen Berichten wird wahrheitsgemäß die seit der Dresdener Tagung hinter uns liegende tiefschwarze, trostlose Zeit aufgerollt werden, oder richtiger, aufgerollt werden müssen, um den Delegierten einen Einblick zu gewähren in das oft ganz stillstehende drohende innere Verbandsgetriebe. Und ich kann mir sehr wohl denken, daß die Generalversammlungssteilnehmer nach der Entgegennahme der Berichte manche Maßnahmen oder auch manche Unterlassung der Verbandsinstanzen anders beurteilen und bewerten werden, als sie das bei geringerer Kenntnis der Sachlage vielleicht vorher getan haben. Die „verflochtenen“ „Wahlsprüche“ drückte die Inflation den Stempel auf. Es war es, die dem Verbandsvorstand und allen Verbandsinstanzen keine ruhige Minute gelassene. Der Kollege Herben als Hauptkassierer ist sich während der Tagung immer vorgenommen, als wenn er mit einem recht weitumfliegenden Netz oder Sieb Wasser aus der See schöpfen müßte, und alle übrigen Maßnahmen und Entschlüsse des Verbandsvorstandes und der Gausleiter waren absolut abhängig von den Zuständen, die sich soweit ausweiteten, daß die Rettung der Organisation nur noch möglich war durch das tatkräftige Eingreifen unserer außerdeutschen Bruderorganisationen. Es dürfte nicht zu viel be-

hauptet sein, wenn gesagt wird, daß sich die diesmaligen Berichte auf eine Vergangenheit erstrecken, deren Begleiterscheinungen sich in viel höherem Maße anzeigten, als wie die während der direkten Kriegszeit. Und der Wert der Berichte besteht nicht so sehr darin, den Delegierten die durchlebten Trostlosigkeit noch einmal in die Erinnerung zurückzurufen, als vielmehr darin, die Überzeugung zu gewinnen, daß vieles nicht anders gehen konnte, als wie es gegangen ist, und dadurch die Erkenntnis zu erzeugen, daß solchen Eventualitäten vorgearbeitet werden muß, um allen Stürmen, die solche Erschütterungen hervorrufen können, besser standhalten zu können. Der Bericht über die große Generaltagung der deutschen Gewerkschaften wird des Wichtigsten und Interessanten genug bieten und werden sich wahrscheinlich im Anschluß hieran Debatten wiederholen, die bereits in Dresden stattgefunden haben.

Wohl das Kernstück der Tagesordnung wird der Punkt 4 „Unser Tarifwesen“ sein. Die Besprechung dieser Frage wird eine gründliche sein müssen und wird, wenn sie erschöpfend behandelt werden soll, voraussichtlich einen wesentlichen Teil der Tagesordnung in Anspruch nehmen. Allerdings kommen die Erfahrungen eines über fünfjährigen Tarifverhältnisses zufließen. Und die gesammelten Erfahrungen werden bei der Ausprache nützlich mitberücksichtigt werden müssen. Anträge aus den Raststellen und vom Verbandsvorstand liegen nicht weniger als 122 vor. Auf so manchen trifft das plattdeutsche Sprichwort zu: „Des eenem sin ist dem anderen in die Nachtigall!“ Denn Gegenwärtiges zu der Auffassung der einen Raststelle zur Meinung der anderen kommt in den verschiedensten Anträgen zum Ausdruck, wozu noch kommt, daß sich Raststellen in ihren Anträgen selbst widersprechen. So manchem der Anträge wird das Schicksal seiner Vorgänger auf früheren Generalversammlungen beschieden sein: er kommt als „undiskutabel“ gar nicht erst zur Verhandlung.

Wenn sich der sachliche Wert der diesmaligen Generalversammlung mit einiger Sicherheit von vornherein voraussehen und abschätzen läßt, so trifft das nicht zu auf den moralischen. Diesen der Verbandsversammlung zu geben, ist Sache der Delegierten. Davon, mit welcher außererwerbschaftlichen Einstellung oder gar Voreingenommenheit die Tagungsteilnehmer auf den Verbandsrat kommen, wird es abhängen, welche Note in moralischer Hinsicht denselben erteilt werden kann. Das läßt sich natürlich erst nach Beendigung der Generalversammlung feststellen. Und da muß von den beiden nach dem Kriege stattgefundenen Verbandsversammlungen (1919 in Marzkeby und 1922 in Dresden) gesagt werden, daß sie nicht besonders hochwertig waren. Gewiß hätte die Marzkebyer Tagung, die als die erste ordentliche nach einem Abbruchraum von acht Jahren stattfand, von außerordentlich hohem Wert sein können, wenn nicht die ungelassen Auseinandersetzungen zwischen zwei politischen Richtungen innerhalb der Gewerkschaft (SPD und USPD) gewesen wären.

Eine Milliarde Goldmark

und mehr noch

soll der Landwirtschaft aus den Lebensmittelzöllen zufließen!

150 Goldmark und mehr noch soll ihr jeder Familienvater opfern! Um 10% und mehr noch soll sein Reallohn sinken!

Möge auch immer behauptet werden, die politische Einstellung beeinflusst nicht die gewerkschaftliche, so muß dieser Behauptung gerade das Gegenteil entgegengesetzt werden. Das konnte nicht nur in Marzkeby festgestellt werden, sondern läßt sich von der Dresdener Tagung noch viel klarer nachweisen. Jedenfalls kann behauptet werden, daß beide Verbandsstage stark an moralischem Wert eingebüßt haben und der sachliche Wert darunter gelitten hat. Und da tut der Magdeburger Generalversammlung ein Geist not, der Ereignisse wie in Marzkeby und Dresden ausschließt. Nur die Unternehmer sind die Ruchlosen unserer Entzweiung gewesen! Das, glaube ich, wird inzwischen manchem unserer utopistischen Heißsporne zum Bewußtsein gekommen sein, und es bleibt nur zu hoffen und zu wünschen übrig, daß jeder daraus die notwendigen Konsequenzen zieht.

Möge über der Generalversammlung in Magdeburg wieder einmal ein guter Stern stehen, der den Delegierten den rechten Weg zeigt an klaren, inneren Gespürlichkeiten des Verbandes; mögen die Delegierten trotz unterschiedlicher Auffassung über einzelne Punkte mit dem Voratz des Selbstgegenständlichen wachsam auf die Tagung kommen und ihre Entscheidungen so treffen, daß sie damit dem Verband und darüber hinaus der gesamten Gewerkschaftsbewegung dienen. Lassen wir es genug sein des grausamen Spieles und befehlen wir uns endlich auch all den trüben Erfahrungen auf uns selbst! Bedenken wir, daß uns eine „Welterneuerung und Weltentzweiung“ gar nichts nützt, wenn wir uns in verhältnismäßig engem Kreise nicht einig sind. Unsere Gegenwartsfragen sind ganz gewiß andere, als die Verbindungen mit dem „Anglo-russischen Einheitskomitee“ aufzunehmen und uns Vorträge über 2. und 3. Gewerkschaftsinternationale halten zu lassen. Uns tut die innere Einheit, und damit die Festigung unserer Organisation, aber auch die Zurückdrängung der Unternehmerritter, bitter not. Und wenn das der Magdeburger Tagung zu einem guten Teil gelinzt, dann hat sie ihre Mission voll erfüllt. Dazu noch bestem Können und Willen beizutragen, rufe ich die Delegierten auf!

Der Reichsarbeitsminister und die Banken.

Der jetzige Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hatte auf einer Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes auf die hohen Rinsätze der Banken hingewiesen, die auf dem Boden rücksichtsloser Ausnutzung ihrer Monopolstellung vorliegen; dies sei wirtschaftlich, sozialpolitisch, und allgemeinpolitisch unerträglich. Daraufhin erhielt Dr. Brauns vom Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes ein Schreiben, worin die Aufforderung enthalten war, die Unterlagen zu solchen Behauptungen mitzuteilen. Die Antwort des Reichsarbeitsministers zeichnet sich vor allem durch den Satz aus, daß er seiner Überzeugung nicht in amtlicher Eigenschaft, sondern als Staatsbürger und Politiker Ausdruck gegeben habe und von seinem Urteil nichts zurücknehmen könne. Daß Dr. Brauns es ablehnte, der Bankenorganisation Rede und Antwort zu stehen, kann man nur begreifen. Die Bankplutokratie war im Vollbesitz ihrer Macht nur zu leicht geneigt, Minister und Träger öffentlicher Ämter zur Tagesordnung zu rufen, wenn sie sich über die Geschäftsmethoden der Banken unanständig äußerten. Sie waren es ja, die die Macht im Wirtschaftsleben ausübten. Das rücksichtslos gehandhabte Monopol der Banken auf dem Geldmarkt trägt in der Tat nicht wenig an der hohen Rinspanne und damit zur Verschärfung der Wirtschaftskrise bei. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn reformtätige Minister oder das gesamte Ministerium sich in amtlicher Eigenschaft einmal zu den Geschäftsmethoden der Banken äußerten. Auf dem nächsten Allgemeinen Deutschen Bankiertag kündigen die Banken ein öffentliches Eingehen auf den Streit mit dem Reichsarbeitsminister an, worauf man schon jetzt gespannt sein kann.

Resultat der Delegiertenwahl

zur Generalversammlung.

Wahlgruppe 8. Walzenburg in Schlesien. An Stelle des Kollegen Grieger, der zurückgetreten ist, kommt der Kollege Adolf Wohl in Stichwahl. Das Verbandsbüro.

Gewerkschaftliches.

25 Jahre christlicher Verband. Der Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands kann auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Ihm gehören auch die Keram- und Glasarbeiter an. Der Jubiläumsvorstand war am 30. August in München. In der Mitgliederbewegung hatte die Untergruppe Keram- und Steinmetzverband bis zur Vereinigung im Jahre 1920 einen Mitgliederstand von 20.000 und nach dem Zusammenschluß mit dem Fabrik- und Transportarbeiterverband betrug er Ende 1924 insgesamt 50.000. Die Mitglieder im Jahre 1922 war 135.000 Mitglieder und der Rückgang demnach ein beträchtlicher. Gegenwärtig gibt die Organisation die Hälfte ihres ehemaligen Höchststandes an, also 65.000. Der Rassenbestand wird für Ende 1924 mit 160.000 Mt. angegeben.

Von der Keramikindustrie.

25jähriges Bestehen. Der Reichsverband deutscher Spezialgeschäfte in Porzellan und Glas, Haus- und Küchengeräten, G. B. (H. B. S., Berlin), konnte am 27. August auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Dem Reichsverband gehören 400 Mitglieder des gesamten umgebenden Einzelhandels für Keramik, Glas, Haus- und Küchengeräten an.

Desgleichen kann auch „Die Porzellan- und Glashandlung“, das Verbandsorgan dieses Verbandes, auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken.

Ueber die Steingutindustrie wird berichtet: Das Geschäft mit den Vereinigten Staaten hat sich zwar in letzter Zeit etwas gebessert, bleibt aber hinter der früheren Bedeutung des Marktes erheblich zurück. Die einheimische amerikanische Industrie hat sich in den letzten Jahren stark entwickelt und erschwert dadurch den Absatz für alle anderen Importeure; neben den besten Qualitäten, die überwiegend von England geliefert werden, können nur noch die billigen Stapelwaren, die hauptsächlich aus Deutschland kommen, einen gewissen Absatz finden. Auf dem südamerikanischen und kanadischen Markt ist gleichfalls schon die Konkurrenz Nordamerikas zu bemerken. Gut sind die Absatzmöglichkeiten in allen Ländern für feinstes Porzellan und Kacheln, so daß hierfür die deutsche Industrie bis auf weiteres noch ein günstiges Arbeitsgebiet neben einer gewissen englischen und amerikanischen Konkurrenz ist. Das Auslandsgeschäft in Elektrizitätsapparaten hat in letzter Zeit ein wenig nachgelassen.

Porzellanfabrik Fraureuth. Die „Vossische Zeitung“ bringt in ihrer Nr. 398 folgende Notiz: „Keine Betriebsbeschränkungen bei der Porzellanfabrik Fraureuth. Vor einiger Zeit berichteten wir, daß zwischen der Verwaltung und den zuständigen Steuerbehörden schwerwiegende Differenzen wegen Steuerforderungen entstanden seien. Wie nun das „Leipziger Tageblatt“ von ausländischer Stelle erfährt, sind mittlerweile die Steuern gesühnt worden und Betriebsbeschränkungen tatsächlich nicht erfolgt. Augenblicklich ist das Unternehmen noch etwa für vier Monate mit Auflagen versehen. Diese stammen zu einem Drittel aus dem Auslande und zu zwei Dritteln aus dem Inlande, das vorzugsweise als Abnehmer von Großausgeschritten in Frage kommt. Der Rückgang des Auslandsgegeschäfts ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß allmählich auch auf dem Weltmarkt die Nachfrage nach Erzeugnissen der keramischen Industrie merklich nachgelassen hat.“

Nach dem Vortragsurteil ist die Porzellanfabrik Fraureuth (A. G.) in Fraureuth (Bavaria) zurzeit gut beschäftigt. Die Arbeiterchaft wäre froh, wenn es den Tatsachen entspräche. Wenn der überaus hohe Teil der Belegschaft nun schon über zehn Wochen nicht mehr beschäftigt wird und am Sonntagabend noch so sind nach dem „Leipziger Tageblatt“ tatsächlich keine Betriebsbeschränkungen erfolgt. Was mag wohl nach Meinung dieser Zeitung eine Betriebsbeschränkung sein? Etwas mehr Wahrheitsliebe wäre in Bezug auf Fraureuth wahrlich am Platze; denn nirgends hat die Belegschaft eines Wertes so unter den Löhnen und Schikanen der Leitung zu schmachten wie in Fraureuth. Ein Lotterbetrieb springt nicht so brutal mit seinen Leuten um, wie die Porzellanfabrik Fraureuth.

Russisches Porzellan. Auf der deutschen Ostmesse in Rönigsberg war Rußland mit Porzellan aus der Leningrader Porzellanmanufaktur vertreten. Ueber dasselbe wird berichtet, daß die Erzeugnisse, gemessen an europäischen Maßstäben, nicht hervorragend waren. Sie hatten graue Färbung und nicht den feinen weißen Glanz. Der Scherben neigte seinem Aussehen nach zu Sprödigkeit und zu Rissen. Bei der Gestaltung und Bemalung machte sich der Einfluß der neuen Kunstströmung bemerkbar. — Deutsche Fabriken hatten in Rönigsberg nicht ausgestellt; sie halten daran fest, daß Leipzig der Platz für den Einkauf feinkeramischer Produkte ist.

Vereinigte Staaten. Die Beschäftigung in der feinkeramischen Industrie zeigte im Mai 1925 einen Rückgang um 25 Prozent. Die Summe der im Mai ausbezahlten Löhne dagegen zeigte eine Abnahme um 8 Proz. Die Abnahme der ausbezahlten Löhne im Mai 1925 betrug gegen Mai 1924 7,6 Proz. Der Produktionslohn im Mai 1925 war 1,3 Proz. höher als im April 1925, dagegen 6,3 Proz. niedriger als im Mai 1924. Von 44 Unternehmern arbeiteten 45 Proz. die volle Zeit, 55 Proz. kurzzeitig, kein einziger Betrieb stand vollständig still. 36 Proz. der berichteten Fabriken arbeiteten mit voller Kapazität, 64 Prozent mit eingeschränkter Produktion. Wenn man den Monatsdurchschnitt der Beschäftigung im Jahre 1913 als Basis mit 100 annimmt, so betrug der Beschäftigungsgrad im Mai 1925 109,5, die ausbezahlten Löhne 116. Im Mai 1924 waren diese Zahlen: 108,8 und 119,2. Die Aprilzahlen waren: 111,8 für Beschäftigungsgrad und 116,9 für Löhne. Die Einfuhr feinkeramischer Erzeugnisse betrug nach den amtlichen Veröffentlichungen: Porzellan nicht deforziert in den 11 Monaten, endigend mit Mai 1925, 548.810 Dollar, deforziert in den 11 Monaten, endigend mit Mai 1925, aus der Tschechoslowakei 769.526 Dollar, in Prozenten 9,8. Frankreich 812.249 Dollar, 10,4 Proz., Deutschland 3.359.439 Dollar, 42,8 Proz., Großbritannien 297.078 Dollar, 3,7 Proz., Japan 2.401.735 Dollar, 30,6 Proz., anderen Ländern 210.109 Dollar, 2,7 Proz.; deforziert insgesamt 7.840.126 Dollar.

Steingut nicht deforziert in den 11 Monaten, endigend mit Mai 1925, 536.099 Dollar; deforziert aus Deutschland 347.243 Dollar, Italien 168.479 Dollar, Holland 108.735 Dollar, Großbritannien 2.796.633 Dollar, Japan 215.846 Dollar, anderen Ländern 313.103 Dollar; deforziert insgesamt 9.948.033 Dollar.

Aus unserem Beruf.

Coburg. Am Sonntag, den 13. September 1925, nachmittags 2 Uhr, findet in Greibitz bei Gastwirt Hermann Schneider unsere ordentliche Mitgliederversammlung statt.

Die Raststellverwaltung.

Fraureuth. Die Porzellanfabrik Fraureuth A.-G. in Fraureuth gibt sich alle erdenkliche Mühe, durch Preissenkungen ihre Schwierigkeiten zu beseitigen. In der letzten Augustwoche befanden sich in einer Anzahl bürgerlicher und

selbst Arbeiterleistungen Notigen des Inhalts, daß die Porzellanfabrik Krausenth, die die Steuern gestundet bekam, ihre neue Anlage wieder voll in Betrieb habe und weiter, daß sie noch etwa vier Monate mit Aufträgen eingebracht sei. Diese Angaben entsprechen nicht den Tatsachen und die Fabrikleistung wäre besser, wenn sie der Wahrheit die Ehre gäbe. Die Steuern sind wohl gestundet worden, aber die in Aussicht gestellten Kredite hat sie bisher noch nicht erhalten und wird sie wohl auch kaum bekommen. Von der Belegschaft arbeitet nur die Hälfte des alten Betriebes und die neue Anlage steht noch vollständig still. Die Lohnzahlung geschieht nie regelmäßig und der Lohn vom 21. August wurde erst am 27. August ausbezahlt. Rund 200 ehemaliger Arbeiter der Fabrik sind in anderen Berufen der Umgegend untergekommen und über 100 sind noch erwerbslos. Die Arbeitenden können ihre volle Wochenarbeitszeit nicht erreichen. Sie müssen sich mit den Verdiensten in einer Arbeitszeit von 30 bis 35 Stunden begnügen. Sonstbar ist, wenn die Firma von Aufträgen über vier Monate hinaus schreiben läßt, daß sie dann ihre Leute nicht beschäftigt und ihren Betrieb nicht voll ausnützt; technisch wäre es eine Notwendigkeit.

Also alles in allem, gerade das Gegenteil von dem ist richtig, was die Fabrikleitung in ihrer reffamehaften Art in die Öffentlichkeit hinausposaunen läßt. Die einzigen weiteren Nachrichten der Porzellanfabrik Krausenth sind deshalb mit Vorbehalt aufzunehmen.

Kronach. Die Firma Stodhardt, Schmidt, Eckhardt hat seit ungefähr zwei Jahren die Umstellung ihres Betriebes vom elektrotechnischen Porzellan zur Geschirrfabrikation durchgeführt. Infolgedessen werden von der Firma andauernd Geschirrdreher gesucht. Trotzdem man beim Engagement den Dreher große Versprechungen macht, ihnen 35 Mk. Wochenlohn und Fahrgehaltszuschüsse zusichert, halten es die Dreher bei der Firma nicht lange aus. Der Leiter des Betriebes, Herr Direktor Joll, der kein Nachmann ist, aber dafür eine bestmögliche väterliche Gesinnung an den Tag legt, hat es bisher nicht verstanden, den Betrieb soweit in Schwung zu bringen, daß den Dreher, die doch als Facharbeiter die Seele des Betriebes sind, ein auskömmliches Arbeitsverhältnis geboten wird. Auch hier kann man sagen, was heutzutage nicht alles Porzellan machen will. Viele unserer Dreher, die dort in Arbeit traten, mußten nach einigen Wochen unter Hinterlassung von Schulden Kronach wieder verlassen. Es ist deswegen höchste Vorsicht geboten bei der Abfertigung, etwa in Kronach bei der Firma Stodhardt, Schmidt, Eckhardt in Arbeit zu treten.

Mannheim. Der Inhaber des „Schmuckstückchens“ Rheinische Porzellanfabrik G. m. b. H., Mannheim, muß sehr schon, um Arbeiter zu bekommen, in der Tschechoslowakei sein Glück versuchen. Das Deutsche Reich ist zu klein, da findet er keine mehr. Aber in der Tschechoslowakei wird er auch kein Schwein haben, auch dort ist er schon bekannt und unsere tschechischen Brüder werden ihn mit Arbeitsangeboten verschonen. Vielleicht versucht Herr Sterner einmal sein Glück bei den Russen. Für 69 Pf. die Stunde in dem billigen Mannheim dürfte ein Erfolg einer Annonce gesichert sein. Das beste wäre, man ließe Sterner seinen Traum ganz allein machen, da kann er auch noch den Arbeitslohn sparen.

Martinsdorf. Kollegen, die beabsichtigen, in der hiesigen Firma Jäger & Co. in Arbeit zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, vorher bei der Zahlstellenverwaltung Erkundigungen einzuziehen.

Moschendorf. Der Streik der Maler dauert noch fort. Bezug ist fernzuhause.

München. Zum Ableben des Kollegen Rudolf Fischer wird uns gemeldet: Die Zahlstelle München geleitete unter starker Beteiligung ihren Vorsitzenden Rudolf Fischer zur letzten Ruhe. Im westlichen Friedhof von München sammelte sich ein großer Haufen Freunde, Genossen und Kollegen zu dem Trauergeschehen. Die Aufschreien der Kranzschleifen der vielen Kränze waren Beweise, wie innig und lebendig unser Kollege für unsere Idee wirkte. Nach einer Gedächtnisrede des Vertreters der Freireligiösen Gemeinde widmete unser Kollege R. F. seinem Freunde, Genossen und Kollegen folgenden Nachruf: Rudolf Fischer ist 51 Jahre alt geworden. Sein Leben zeigte sich seit längerer Zeit. Sein Tod trat unerwartet und doch rasch ein. Bei dem Besuch im Krankenhaus war es ihm wohl klar, daß es zu Ende geht, und doch nahm er noch stark interessiert Anteil, wie es um seine Liebesgewordenen Porzellaner steht. Früh morgens desselben Tages (23. 8. 25) stand nach qualvollen Leiden dieses Herz für immer still. Rudolf Fischer ist seit 30 Jahren Mitglied unseres Verbandes, war Gründer der Zahlstellen auf bei Nürnberg und Ulmberg, und nahm an den Generalversammlungen 1899, 1900 und 1902 als Delegierter teil. Dreimal war Fischer Vorsitzender der Zahlstelle München. Das letztmal im Dezember 1924 bis zu seinem Tode. Nach Trostworten an die Angehörigen sagt Keil: „Mein lieber Freund Rudolf, dein Wirken wird uns und weit hinaus über Bayern unerschütterlich bleiben. Dafür dank, tausendmal Dank über das Grab hinaus.“ Geschäftsführer Hammerbacher - Erlangen als Vorstandsmittglied des Verbandes bayerischer Konsumvereine gelobte, daß die Genossenschaftler nie vergessen werden, was Fischer ihrer Bewegung war. Hellwarth von der Vorstandschafft des Konsumvereins Nürnberg erwähnte, wie gerade der Zahlstelle und Ausbau von Rudolf Fischer der Konsumverein Nürnberg sein Entstehen verdankt. Genosse Friebl dankte im Namen des A. B. V. Franz Schmitt sprach herrliche Worte für den Parteigenossen Fischer. Weitere Reden wurden gewidmet dem Verband bayerischer Konsumvereine, Vertreter der freien Turnerschaft Gau Südbayern, Arbeiterturnverein München und Nürnberg und des Reichsbanners. Erreißend waren die Ausführungen des letzten Redners, eines Vertreters des Ausschusses des Arbeiter-Turnerbundes aus Schlesien. Er hatte vor einigen Tagen vom Bundesausschuß den Auftrag erhalten, Fischer die besten Grüße der Bundesleitung zu übermitteln. Er kam nach München und konnte gerade noch seinem alten Freunde das letzte Geleit geben. Die innige Anteilnahme wurde sich neben der schmerzgezeichneten Witwe den drei kleinen Kindern zu, die neben ihrer fünf älteren Geschwister leben, und an der Bahre standen. Der liebe Schmerz der Frau trieb auch den Männern die Tränen in die Augen. Einmal trübte aber konnten die Leidtragenden vom Grabe hinwegsehen: Daß ihr Gatte und Vater durch sein Wirken für die Ererbten sich ein dauerndes Denkmal in den Herzen der Arbeiter gesetzt hat.

Adressenänderungen.

Mitterteich. Ren.: Für Karl Mührl Robert Lindig, Formgießer, Litzschauerstr. 237; für Otto Bärm, Johann Kroyer, Moser, Winkl.

Zimbach. Vors.: Hans Beyer, Brenner, Siegmundsburg.

Veranstaltungs-Anzeigen.

Berlin-Charlottenburg. Schildermaler Berlin. Branchenversammlung Dienstag, den 8. September, abends 7 Uhr, bei Hölzlshäger. Die Schildermaler besuchen Donnerstag, den 12. September, nachmittags 3 Uhr, gemeinsam unter fachkundiger Führung die Ausstellung für Farbe und Raum. Treffpunkt: Belle Alliancestraße am Warenhaus Jandorf. Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Die Branchenleitung.

Aufruf!

Der Kollege Karl Schmidt, Dreher, ist schon über ein Jahr lungenkrank und von allen Kassen ausgesteuert. Kollege Schmidt ist mit seiner achtköpfigen Familie in großer Not. Die hiesige Zahlstelle bietet die übrigen Zahlstellen im Reich zur Linderung der Not des Kollegen Schmidt ein Scherlein beizusteuern. Etwaige Gelder sind zu senden an Kassierer Hans Wehrlitz, Marktredwitz, Jägerweg 5. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Das langjährige Mitglied Rud. Weich ist seit Dezember vorigen Jahres schwer lungenkrank (Blutsturz). Er erhält keinerlei Unterstützung. Die Zahlstelle hat ihr Möglichstes getan und ersucht die Kollegen im Reich, eine Kleinigkeit zur Linderung der Not beizutragen. Gelder sind zu senden an Karl Schmeigert, Mäbendorf b. Euhl. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Unsere beiden alten Kollegen, Heinrich Rudolf und Karl Hörner, sind seit langem krank. Ausgesteuert aus allen Kassen befinden sie sich in einer schweren Notlage. Wir bitten die Schwesterzahlstellen um Unterstützung. Da wir bis heute bei jedem Aufruf unsere Pflicht getan, und hoffen, daß dieses auch unsere Kollegenchaft tut, Geldsendungen sind an den Kassierer Richard Luther, Stadlengsfeld, Frauenburg, zu senden.

Quittung.

Für den Kollegen Ransius Brell gingen folgende Beträge ein: Kahl, M. Weilsdorf, Schirnding, Schönbald, Waltherhof, je 5.—; Marktredwitz, Spandau, je 4.—; Annaburg, Berlin, Marazethenbütte, Mitterteich, Pöhlend, Blaue, Kobach, Stadlengsfeld, Selbstbüßberg, Teltow, Tiefenfurt, Thiersheim, Waldburg, Hennigsdorf, Mühlisch, Karlshof, Maadeburg, Nauenslein, je 3.—; Blankenhain, Menckelwitz, Rassen, Mohlan, Teltan, Waldbassen, je 2.— Mk. Summa 99.— Mk. Im Namen des Kollegen Brell und der Zahlstelle Ansbach den Gebern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen.

S. A.: Hilmar Heinrich, Kassierer.

Für den kranken Kollegen Gründer gingen nachträglich ein: Wittenberg 5.— Mk.; Mitterteich 3.— Mk.; Vereis quitiert 71.— Mk. Summa 79.— Mk. Auch diesen Gebern besten Dank.

S. A.: Gustav Böhme, Kass., Annaburg, Holzborferstr. 52.

Für den in Nr. 30 der „Ameise“ veröffentlichten Aufruf, betreffend Chr. Amend, erhielten wir noch nachträglich von der Zahlstelle Grünstadt 2.— Mk.; Vereis quitiert 78.— Mk. Zusammen 80.— Mk. Auch diesen Gebern besten Dank.

Sugo Meinunger, Kass., Kloster Weilsdorf.



(36) Gegründet 1896

Gold u. Silber und alle in der Porzellanmalerei vorkommenden Abfälle kaufen zu Tagespreisen
Otto & Hellmut Seifert, Gold-Schmelzanstalt, Zwickau i. Sa.

Alle goldhaltigen Rückstände werden angekauft und das Gramm Feingold mit 2,78 Mk. bezahlt.
Eingehende Sendungen werden auf das prompteste erledigt.
Martin Kaufmann, Zwickau i. Sa., Werdauerstr. 25. (168/30)

Emil Böhme, Eisenberg i. Thür.

Goldschmelzanstalt / Gegründet 1891
kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle
Ältestes Einkaufsgeschäft dieser Art (12/36)

Goldabfälle jeder Art (17/36)

wie Lappen, Schmiere, Asche, gebranntes Gold, Glaschen usw. werden bei guten Preisen gekauft. Flüssige Glanzgold- und Poliergold-Originalflaschen werden gekauft und dafür hohe Preise bezahlt.

A. Langhammer, Goldschmelzgeschäft, Witten i. Sachsen.

Jakob Scherer, Glanhan in Sa.

Direkte Einfuhr in Schwämmen.
Reiche und billigste Bezugsquelle für die keramische Industrie. (25/36)

Artikel	Preis pro Meter
Unverleimtes Samtvolant für Vorhänge	75 cm breit 0,65 Mk.
25. ges. Samtvolant, prima Qualität für	
bessere Bäume	80 " " 0,87 "
schöner Stoff, für Kische	42 " " 0,39 "
Samtvolant, prima Winterware	75 " " 0,85 "
unverleimt	78 " " 0,98 "
Angewandte, wirkliche prima Qualität, 140 cm breit	6,70 u. 3,85 "
Strickstoffe, beste, prima Qualität, in jede Farbe, 10 Gebind	0,98 "
Ich führe nur gute Qualitäten. Geld zurück, wenn anders was billiger oder Ware nicht entspricht. Versand sofort ab 10 Mk. Ab 20 Mk. portofrei.	

Willy Dreher, Webwaren, Weiden in Ober-Pfalz.

3-4 tüchtige junge Porzellanmaler, firm in allen vorkommenden Arbeiten für Aufmalur, suchen sich baldmöglichst zu verändern. Für einen Verheirateten Wohnung erwünscht. Angebote unter „S. 153“ an „Die Ameise“ erbeten.

Älterer lediger Maler, in allen vorkommenden Arbeiten einer Privatmalerei firm, besonders aber in Schrift, Hotelgeschirr usw., sucht in Kabrit oder Privatmalerei dauernde Stellung. Gefl. Angebote unter „S. 152“ an „Die Ameise“ erbeten.

Die Zahlstelle Grünstadt sandte noch 2 Mk. für den Kollegen Wilh. Dreher. Bereits quitiert 93.— Mk. Summa 95.— Mk. Auch diesen Gebern best. Dank.
S. A.: Adolf Gärner, Mohlan (Anh.).

Coburg. Für die beiden kranken Mitglieder Max Scheller und Elise Waff gingen folgende Beträge ein: Ansbach 10.—; Vordamm, Kobach, Hennigsdorf, Tiefenfurt, Zwickau i. S., Stadlengsfeld, Teltow, Blaue, Annaburg, Spandau und Waldburg je 6.—; Marktredwitz und Wittenberg je 5.—; Veltan, Blankenhain, Grünstadt und Teltan je 4.—; Berlin und Kirchenlamitz je 3.—; Mohlan und Menckelwitz 2.— Mk. Zusammen 112.— Mk. Allen Gebern besten Dank. Im Namen der beiden Mitglieder und der Zahlstelle
Ernst Dalibor, Geschäftsführer.

† Sterbetafel †

Dresden. Traugott Rieger, Porz.-Arb., geb. am 11. 11. 1853, gest. an Lungenleiden. Organisiert seit 1917. Gustav Rieger, Former, geb. am 9. 11. 1860, gest. an Lungenleiden seit 1920. Gustav Wolf, Stat.-Arb., geb. am 21. 1. 1857, gest. an Bluthr. Organisiert seit 1920. Gräfenhain. Max Schuster, Maler, geb. 29. 10. 1883, gest. 27. 8. 1925 an Herzleiden. Organisiert seit 1919. Jlmnan. Karl Gleichmann, Dreher, geb. am 29. 9. 1862, gest. infolge Reitob. Organisiert seit 1925. Anhalt. Kurt Damm, Malerlehrling, geb. am 28. 1. 1909, gestorben an Nierenleiden. Organisiert seit 1925. Königszell. Karoline Scharf, geb. 22. 3. 1890, gest. 22. 8. 25 an Unterleibskrebs. Organisiert seit 1917. Zimbach. Hugo Wiegand, Maler, geb. 28. 11. 1877, gest. 27. 8. 1925. Organisiert seit 1919. Mühlisch. Elisabeth Reinitze, Brennhaushälterin, geb. 17. 11. 1892, gestorben an Gehirnhautentzündung. Organisiert seit 1922. Blaue. Karl Lawa, Maler, geb. am 4. 2. 1877, gest. an Herzschwäche. Organisiert seit 1893. Mehan. Josef Bichl, Dreher, geb. 24. 1. 1879, gest. 23. 8. 1925 an Lungenentzündung. Organisiert seit 1900. Tiefenfurt. Pauline Kahlmann, Verputzerin, geb. am 2. Juni 1865, gest. an Wassersucht. Organisiert seit 1912. Tiefenfurt. Ida Kiebig, Verputzerin, geb. am 4. 8. 1878, gest. an Gebärmutterkrebs. Organisiert seit 1919. Waldburg und Umgegend. Karl Taube, Maler, geb. am 25. 1. 1866, gestorben an Herzschwäche. Organisiert seit 1919. Waldbassen. Alexander Stier, Dreher, geb. am 15. 10. 1868, gestorben an Lungenleiden. Organisiert seit 1919. Wunsfel. Anna Mäsbauer, Dreherin, geb. am 25. 11. 1885, gestorben an Lungenleiden und Darmgrippe. Organisiert seit 1918.

Ehre ihrem Andenken!

Thüringer Porzellanfabrik sucht zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen

Brenner

der für gute Ofen garantiert und Ofen sehen kann. Derselbe muß außerdem Glühboden- und Brennhaushälter beaufsichtigen können. Wohnung kann event. später gestellt werden. Offerten unter „260b“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Einige perfekte

Maler

auf Festongeschirr und bessere Handmalereidefekte stellen wir noch ein. Fahrgeld wird nach 6wöchentlicher Tätigkeit vergütet. (267)

Oskar Rottmann
Stadtmaler in Thüringen.

C. & E. Carstens
Sorau (N.-L.).

Tüchtige, flott arbeitende Blumenmalerin, auch zur Affordarbeit bereit, sucht Stellung. Angebote unter „S. 156“ an „Die Ameise“ erbeten.

Junger, verheirateter Fondbrüher, an flottes und sauberes Arbeiten gewöhnt, in allen Arbeiten der Spitzerei bewandert, sucht möglichst bald Stellung. Wohnung erwünscht. Angebote unter „S. 151“ an die Expedition der „Ameise“.

Malier, an flottes, sauberes Arbeiten gewöhnt, firm in Fond, Staffage, Dekor, Stempel, Rand und Band, sucht Stellung auf Porzellan oder Steingut. Angebote unter „S. 154“ an „Die Ameise“ erbeten.

Tüchtiger Geschirrschleifer, ledig, 30 Jahre alt, an flottes, sauberes Arbeiten gewöhnt, sucht Stellung. Zuschriften unter „S. 155“ an „Die Ameise“ erbeten.

Zuschkasse Deutscher Porzellanmaler.
Kassenbericht pro 1. und 2. Quartal 1925.

Einnahme	Ausgabe		
Beiträge	4954,35 Mk.	Krankengeld	4279,80 Mk.
Kapitalverehr.	2536,40 "	Sterbegeld	85,— "
Bestand Ende 1924	1913,03 "	Kapitalverehr.	2274,04 "
		Verw. d. Zahlstellen	218,23 "
		Verw. d. Hauptkasse	160,93 "
		Außerord. Ausgabe	2,— "
		Bestand	2433,83 "
Summa	9403,83 Mk.	Summa	9403,83 Mk.

Vermögens-Nachweis.

Sparkassenbuch Nr. 4649	1500.— Mk.
Aushilfe an die Zahlstellen	92,92 "
Bar	841,51 "
Summa	2433,83 Mk.

Mitglieder: 457.

S. Schubert, Kassierer.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Henninger, Charlottenburg I, Braßstr. 2-5. — Verlag: W. i. h. Herden, Charlottenburg I, Braßstr. 2-5.
Druck: E. Sautzschewski, Berlin SO., Elisabethufer 28/29